

Dimensionen der Ungleichheit

Wie soziale Ungleichheit der Gesellschaft und Wirtschaft schadet

Das Thema soziale Ungleichheit bestimmt im Super-Wahljahr 2017 einmal mehr die öffentliche Debatte. Wie gerecht es in Deutschland zugeht und welche Folgen Ungerechtigkeit für den Sozialstaat, die Demokratie und die Ökonomie hat, untersucht und diskutiert die Friedrich-Ebert-Stiftung seit Langem. Zur Veranstaltung am 22. Mai 2017 in Bonn lud das Landesbüro NRW Wissenschaftler, Expert_innen und Politiker ein, um gemeinsam die Folgen sozialer Ungleichheit zu diskutieren. Studien gehen davon aus, dass die soziale Ungleichheit in den vergangenen Jahren zugenommen hat und weiter zunimmt. Geringqualifizierte haben es zunehmend schwer, eine Arbeit zu finden, die ihren Lebensunterhalt sichern kann. Und obwohl in Deutschland kaum jemand hungern muss, fallen immer mehr Menschen unter die Armutsgrenze. Insbesondere Alleinerziehende und Arbeitslose sind zunehmend armutsgefährdet.

„Deutschland ist ein reiches Exportland mit einer niedrigen Arbeitslosenquote“, hielt Jeannette Rußbült, Referentin der Landesbüros NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung, in ihrem Grußwort fest. „Aber wir müssen uns fragen: Wie ist der Wohlstand bei uns verteilt?“ Reiche würden immer reicher und Arme immer ärmer. „Deutschland steht bei der Vermögensungleichheit in der Eurozone auf einem der Spitzenplätze.“ Mit Zahlen belegt wird deutlich, wie stark die Ungleichheit wirkt: So verfügen zehn Prozent der Deutschen über mehr als die Hälfte des Vermögens. Damit einher geht die Kritik, dass in Deutschland Vermögen relativ gering besteuert, Einkommen jedoch vergleichsweise hoch belastet sind. Zudem gelten rund 2,5 von 12 Millionen Kindern nach jüngsten Zahlen als armutsgefährdet. Kinder leiden dabei besonders unter der sozialen Ungleichheit, mit der sie auch direkt in Schule und Alltag konfrontiert werden. „Dabei besteht die große Gefahr, dass Kinder aus armen Familien später zu armen Erwachsenen werden“, so Rußbült.

Negative Auswirkungen auf die Gesellschaft

Dass soziale Ungleichheit auch eine große ökonomische Dimension hat, stellte Dr. Jan-Ocko Heuer von der Humboldt-Universität zu Berlin vor. Mit quantitativen und qualitativen Methoden der Sozialforschung untersucht er unterschiedliche Auswirkungen von sozialer Ungerechtigkeit. Mit Fokus auf die finanzielle Ungleichheit zwischen Men-



schen, bzw. Bevölkerungsgruppen erläuterte er, dass der sogenannte Gini-Koeffizient eine der besten Möglichkeiten ist, Einkommens- und Vermögensungleichheit zu messen. Dieser zeige auf einer Skala von 0 bis 1, dass im Jahr 2013 in Deutschland ein neuer Spitzenwert bei der Einkommensungleichheit erreicht wurde – im Vergleich zu den Vorjahren. Gleichzeitig nimmt die Bundesrepublik Rang 2 – nach Österreich – auf der Liste der Staaten mit der höchsten Vermögensungleichheit in Europa ein. Derzeit seien etwa 16 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet, 10 Prozent sind überschuldet.

„Die OECD hat mittlerweile ermittelt, dass die soziale Ungleichheit einen negativen Effekt auf das Wirtschaftswachstum hat“, so Heuer. So hätte die Wirtschaft rückblickend deutlich stärker wachsen können, wäre die soziale Ungleichheit in den vergangenen Jahren nicht gestiegen. Die ungleichen Verhältnisse haben zudem Einfluss auf die Lebenszufriedenheit. So belegt Heuer am Beispiel der skandinavischen Länder, dass Gesellschaften, die „gleicher“ sind, auch zufriedener sind. „Gleichzeitig hat eine hohe Einkommensungleichheit viele weitere negative Effekte auf Gesellschaften wie eine geringere Lebenserwartung, schlechtere Gesundheit, mehr Gewalt und weniger soziales Vertrauen“, unterstrich Heuer in seinem Vortrag. Auch die politische Partizipation ließe in „ungleichen“ Gesellschaften nach. Besonders hob der Wissenschaftler seine Studienergebnisse hervor, die er zum Umgang der Bevölkerung mit der sozialen Ungleichheit erhoben hat: So sagen über 80 Prozent der Befragten, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zu hoch ist. Fast ebenso viele sind davon überzeugt, dass dies auch der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik schade. Gleichzeitig erhält aber eine Politik, die sich mit Umverteilung und Aufhebung der sozialen Ungleichheit befasst, nicht automatisch auch die Unterstützung der Bevölkerung.

Bildungscoaches als Lösungsmöglichkeit

In einem zweiten Input blickte Dr. Saša Bosančić von der Universität Augsburg auf die politischen Herausforderungen und Möglichkeiten, mit denen mehr Gleichheit in der deutschen Gesellschaft gefördert werden könnte. Er hat in seiner Forschung die neoliberale Transformation des Sozialstaats als Ursache für die steigende Ungleichheit identifiziert. „Diese begann schon sehr früh in den 1970er Jahren“, so Bosančić. Die These der neoliberalen Politik sei seither ungebrochen: So werde als einzige Möglichkeit, der Globalisierung zu begegnen, oft nur die Deregulierung und die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes gesehen. „Die Verbesserung der sogenannten Wettbewerbsfähigkeit hat zur Folge, dass die soziale Absicherung gesenkt wird.“, hielt Bosančić fest. Die Agenda-Reformen Anfang der 2000er-Jahre, mit allen positiven wie negativen Auswirkungen, waren somit ein großer Umbau des Sozialstaats. „Gleichzeitig werden ihre Auswirkungen überschätzt“, weiß Bosančić. So gebe es mehr Jobs in Deutschland nicht nur wegen der Agenda-Reformen, ebenso seien sie nicht der einzige Auslöser für die Steigerung der sozialen Ungleichheit. „Doch die Agenda-



Reformen haben bestimmte Entwicklungen beschleunigt.“ Grund sei, so Bosančić, vor allem das Prinzip des „Fordern und Fördern“, das oftmals den Schwerpunkt zu stark auf das Fordern der Bürger_innen lege.

In seinen Forschungen hat der Wissenschaftler mehrere Bereiche abgeleitet, in denen einfache und wenig kostenintensive Maßnahmen zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen könnten. In den Themenfeldern der Kinderarmut, des Übergangsystems für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, der öffentlichen Beschäftigung und des sozialen Arbeitsmarkts schlug Bosančić in Bonn Lösungsmodelle vor. Kern seiner Ausführungen sind sogenannte „Bildungscoaches“, die neben dem familiären und schulischen Umfeld Begleitung und Unterstützung für Kinder, Jugendliche und die ganze Familie anbieten könnten. Mit ganzheitlicher Förderung könnten sie die Bildungs- und Berufschancen von Jugendlichen und Familien verbessern und gleichzeitig auch Themen wie die Vernetzungsarbeit im Quartier vorantreiben.



Zentrale Forderungen

In der anschließenden Diskussion beteiligten sich neben den beiden Wissenschaftlern noch Nicola Berkhoff vom Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter NRW (VaMV) sowie Ulrich Kelber, Mitglied des Bundestags und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Daniela Harsch. Berkhoff bekräftigte nochmals das von Jeanette Rußbült eingangs benannte Problem, dass soziale Ungleichheit und das Armutsrisiko vor allem getrenntlebende, alleinerziehende Väter und Mütter betreffe. „Das Armutsrisiko steigt mit der Trennung deutlich“, sagte Berkhoff. „Es liegt dann bei 44 Prozent, während Paare nur ein Risiko von 9 Prozent haben.“

Problematisch sei insbesondere, dass Mütter ihren Beruf oft nur in Teilzeit ausübten und nach einer Trennung ihr Gehalt zusätzlich durch Sozialleistungen aufstocken müssten. „Der wichtigste Weg, für den wir uns einsetzen, ist eine Kinderbetreuung, die auch Randzeiten berücksichtigt, um Schicht- und Wochenendarbeit auszugleichen“, so Berkhoff. Der VaMV befürworte zudem eine Kindergrundsicherung.

Für Ulrich Kelber ist auch der Umgang der Öffentlichkeit und der Medien mit der sozialen Ungleichheit ein Problem. Denn einerseits würden die Bürger_innen der Politik zwar oft nicht zutrauen, das Problem zu lösen. Doch andererseits würde das Thema in der öffentlichen und medialen Diskussion gern auch „kleingeredet“. „Doch wenn man sieht, wie groß die Gefahr ist, als Alleinerziehende in Armut zu kommen, dann kann man nicht sagen, dass diese Situation in unserem Land in Ordnung ist“, unterstrich Kelber. Die soziale Gerechtigkeit nehme daher auch einen großen Teil im Wahlprogramm der SPD ein. Wobei kleinere Reparaturmaßnahmen immer durchgeführt werden könnten. „Doch jetzt ist es Zeit für den nächsten großen Schritt.“

Die Diskutant_innen waren sich dabei schnell einig, dass einer der wesentlichen Schritte die Abschaffung des Ehegatten-Splitting wäre. Es gilt als sozial ungerecht, weil es die steuerlichen Vorteile nur für verheiratete Ehepaare ermöglicht, nicht jedoch für Alleinerziehende oder Familien von unverheirateten Paaren. „Wir sind uns doch alle einig, dass wir kein Ehegatten-, sondern ein Familiensplitting benötigen“, so Dr. Saša Bosančić. Auch Kelber pflichtete bei, verwies aber darauf, dass es einen Bestandsschutz geben müsse. „Für uns sind auch ein steuerfreies Existenzminimum für jede/n Bürger_in – für Erwachsene wie Kinder – und weitere finanzielle Entlastungen für Geringverdiener zentrale politische Forderungen“, so Kelber. Zur Frage der Finanzierung entlastender Maßnahmen sprach die Runde schnell das Thema von Steuererhöhungen an. „Die Gesellschaft diskutiert darüber zu wenig und falsch“, so Bosančić. Spräche man in der Öffentlichkeit die Erhöhung des Spitzensteuersatzes an, gebe es gleich große Gegenwehr, wobei die meisten Bürger_innen davon gar nicht betroffen seien.



Beide Wissenschaftler sprachen sich für eine Reichensteuer (Bosančić) bzw. Erhöhung der Erbschaftssteuer (Heuer) als Instrumente gegen Ungleichheit aus.

Care-Arbeit, Agenda-Reformen und politische Teilhabe

Das Publikum legte in der Diskussion mit den Gästen einen Schwerpunkt unter anderem bei der sogenannten Care-Arbeit – also den Bereich von Arbeit zum Beispiel in der Kinderbetreuung, Kranken- und Altenpflege sowie familiärer Fürsorge und Unterstützung. Arbeit also, die teils schlecht, bzw. auch gar nicht bezahlt wird. Diese solle, so der Einwurf aus dem Publikum, besser anerkannt werden. Nicola Berkhoff vom Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter pflichtet bei: In Deutschland brauche man Care-Arbeit, die gut finanziert werde. Heute seien zum Beispiel Bereiche der offenen Ganztagschule (OGS) deutlich unterfinanziert, sodass keine ausreichende Unterstützung auch (sozial) schwacher Schüler_innen stattfinden könne. „Wir finden hier oft schlimme Zustände“, so Berkhoff. Dr. Saša Bosančić ging in der Diskussion noch einen Schritt weiter: „Care-Arbeit wird gesellschaftlich nicht wertgeschätzt, weil es hauptsächlich Frauen sind, die diese Jobs machen.“

Die Agenda-Reformen, die seit fast fünfzehn Jahren die Gesellschaft und die SPD selbst bewegen und immer wieder kritisch betrachtet werden, waren ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion. MdB Ulrich Kelber vertrat dazu eine eindeutige Ansicht: „Die Antworten auf die Fragen unseres Sozialstaats sind heute andere als im Jahr 2003 – das ist selbstverständlich. Doch selbst darf man nicht einfach sagen: Wir drehen das Rad jetzt zurück und schaffen die Agenda-Reformen wieder ab.“ Kelber betonte, dass es positive und negative Entwicklungen gibt, die man mit Augenmaß betrachten und dann zu Teilen modifizieren müsse.



Auch junge Menschen an Diskursen teilhaben zu lassen – diese Forderung verband Diskutant_innen und Publikum. Während Bosančić insbesondere das Konzept der Bildungscoaches als hilfreich für mehr politische und gesellschaftliche Partizipation sieht, verweisen andere Teilnehmer_innen deutlich auf die Schulen. Hier müsse politische und gesellschaftliche Bildung vermittelt

werden und auch eine größere Rolle spielen als heute. „Wir müssen junge Leute dort abholen, wo sie sich befinden und dann zu mündigen Bürgern statt zu ökonomischen Wesen erziehen“, so Bosančić. Und Kelber bekräftigte: „Dafür braucht man ein klares Thema, das sie auch persönlich betrifft.“ Im Wahlkampf werde man sich zudem daran messen lassen müssen, nicht mehr Geld für Bildung zu fordern, sondern konkret zu sagen, was dies bedeute und wer davon einen Nutzen habe. Er sieht die Investitionen in Bildung als wesentliches Instrument für mehr Chancengleichheit. „Chancengleichheit fängt bei der Bildung an.“

Textautor: Felix Winnands, Journalistenbüro Köln

Redakteurin: Jeanette Rußbült, Landesbüro NRW, Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Landesbüro NRW Friedrich-Ebert-Stiftung

Veröffentlichungen der FES zum Thema (Auswahl):

Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12516.pdf>

Ungleichheit bekämpfen! : Wo der deutsche Wohlfahrtsstaat jetzt investieren muss:

<http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=13031&ty=pdf>

Der Wert gleicher Lebensverhältnisse:

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12016.pdf>

Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates:

<http://www.fes.de/cgi-bin/gbv.cgi?id=12648&ty=pdf>

Homepage des VaMV in NRW:

<http://www.vamv-nrw.de/>